

10 MEDIEN.....	147
----------------	-----

10.1 MEDIENSYSTEM.....	148
------------------------	-----

10.2 INFORMATION, KOMMENTARE UND MANIPULATION .....	150
---	-----

10.3 NEUE MEDIEN .....	151
------------------------	-----

10.3.1 Soziale Medien .....	151
-----------------------------	-----

10.3.2 Gefahren in Sozialen Netzwerken .....	153
--	-----

10.3.3 Apps .....	154
-------------------	-----

WISSEN.....	156
-------------	-----

KOMPETENZCHECK .....	157
----------------------	-----

# FAKE NEWS

Nach Bearbeitung dieses Kapitels sind Sie in der Lage, den Inhalt und die Wirkung von Medien kritisch zu analysieren, deren Wahrheitsgehalt zu bewerten und Maßnahmen zum verantwortungsvollen Umgang mit Daten – vor allem in sozialen Netzwerken – zu ergreifen.

## 10 MEDIEN

Medien bestimmen immer mehr unseren Alltag und unsere Lebensabläufe. Auch Ihr Freizeitgeschehen, sowie Ihr Familien- und Arbeitsleben werden von einer ständig wachsenden Medienlandschaft beeinflusst, die Sie immer wieder vor neue Herausforderungen stellt. Das Internet und die sozialen Medien stellen in der modernen Gesellschaft speziell für Jugendliche eine wichtige Kommunikationsschnittstelle dar. Als Teenager haben Sie unterschiedliche Zugänge, Auffassungen und Verhaltensweisen bei der Nutzung der Sozialen Medien.



Unter Umständen sind Sie sich dabei über die Risiken der Nutzung nicht immer bewusst, weil Sie die möglichen Gefahren im Umgang mit den unterschiedlichen Medien nicht kennen. Sie sollten aber wissen, worauf Sie besonders achten müssen, um Medien verantwortungsbewusst und kritisch nutzen zu können.

Im Internet sind Sie auf den nachfolgenden Artikel gestoßen. Beurteilen Sie die Faktenlage. Welche Sicherheitsmaßnahmen wurden möglicherweise ergriffen? Wozu glauben Sie, wurden die Sängerknaben angewiesen? Diskutieren Sie in der Gruppe und präsentieren Sie Ihr Gruppenergebnis in der Klasse.

## SÄNGERKNABEN ALS STALKINGOPFER

Die Wiener Sängerknaben werden offenbar gestalkt. Vor allem online sind sie immer wieder mit bedenklichen Postings konfrontiert. Die Leitung der Sängerknaben reagierte darauf mit Sicherheitsmaßnahmen und Verhaltensregeln.



Längst sind die Wiener Sängerknaben auch in Sozialen Medien aktiv, allerdings kommt es dort auch oft zu bedenklichen Postings. Fans wollen etwa die Privatadressen der Kinder, wollen sich mit ihnen treffen, die Kinder näher kennenlernen. Oder sie schreiben, wie „süß“ sie die Kinder fänden.

So erzählte etwa der Sängerknabe Lukas: „Es gibt bei uns ein paar Fans, die keine Fans mehr sind, das sind schon Stalker.“ Und Florian sagte zu „Wien heute“: „Wenn ich auf Instagram private Fotos poste, finden manche heraus, dass ich Sängerknabe bin, das finde ich unheimlich. „Da läuten unsere Alarmglocken“, sagte der Präsident der Wiener Sängerknaben, Gerald Wirth. Man müsse sehr vorsichtig sein. „Wir sehen es als unsere Aufgabe, den Kindern bewusst zu machen, was sie ins Internet stellen und was sie von ihrer Privatsphäre preisgeben“, so Wirth.

(...) Zu Übergriffen kam es bisher nicht. „Wir wollen sicherstellen, dass es dieses Problem nicht gibt. Daher gibt es schon die Sicherheitsmaßnahmen im Vorfeld“, so Wirth weiter. Die Kinder wurden daher angewiesen, \_\_\_\_\_.

wien.orf.at

## GLOSSAR

audiovisuell	zugleich hörbar und sichtbar
Printmedien	Zeitungen, Zeitschriften und Bücher
Massenmedien	Medien, die auf eine breite Bevölkerungsschicht einwirken
anonym	ohne Namensnennung
Individualkommunikation	direkte, persönliche Kommunikation zwischen Einzelpersonen
seriös	zuverlässig, vertrauenswürdig
Neue Medien	zeitbezogene, moderne Medientechniken zur Verbreitung von Informationen; gegenwärtig insbesondere digitale Medien (Internet)
Einwegkommunikation	Aussendung von Botschaften (wie z. B. beim Radio oder Fernsehen), wo der Sender Botschaften sendet, aber keine Rückmeldung der Empfänger erfolgt
Social Business	Nutzung der Sozialen Medien von Unternehmen für Werbezwecke
Online Community	Gruppe von Menschen, die im Internet miteinander kommunizieren
Kompromittieren	bloßstellen, jemanden blamieren
Pädosexuelle	Menschen, die sich sexuell von Kindern und Jugendlichen angezogen fühlen
Phishing	Versuche, über gefälschte Webseiten, E-Mails oder Kurznachrichten an die persönliche Daten von Internet-Benutzern zu gelangen, um damit Identitätsdiebstahl zu begehen
Cyber-Mobbing	Belästigung/Verleumdung/Nötigung über das Internet
Manipulation	Beeinflussung, Lenkung

### 10.1 MEDIENSYSTEM

In der Medienlandschaft unterscheiden wir zwischen **Printmedien**, **elektronischen** und **audiovisuellen** Medien. Man spricht von Massenmedien, wenn Informationen an ein unbegrenztes, anonymes Publikum verbreitet werden. Es sind dies Printmedien, Fernsehen, Hörfunk und das Internet, die aktuelle Informationen an eine Vielzahl von Menschen gleichzeitig weitergeben.



In der Demokratie übernehmen die Massenmedien daher wichtige Funktionen:

Informationsfunktion	Meinungsbildungsfunktion
Kritikfunktion	Kontrollfunktion
Bildungsfunktion	Unterhaltungsfunktion
Integrationsfunktion	Soziale Funktion
Ökonomische (wirtschaftliche) Funktion	

Bei den Sozialen Medien findet Kommunikation zwischen einzelnen Personen statt. Mit der schnellen Entwicklung der Technik verschmelzen jedoch die Grenzen zwischen Massen- und Individualkommunikation immer mehr, weil Online-Anbieter über das Internet den Download von Videos, Musik, Bildern oder Texten an eine breite Bevölkerungsschicht ermöglichen.

Welche Funktionen übernehmen die Massenmedien in den folgenden Beispielen? Tragen Sie die entsprechende Funktion in die Tabelle ein:

Fallbeispiel	Funktion
Eine Reporterin/ein Reporter deckt eine illegale Mülldeponie auf.	Kontrollfunktion
Ein Politiker/eine Politikerin wird im Rahmen eines Interviews der Bestechlichkeit überführt.	
Das offizielle Wahlergebnis wird veröffentlicht.	
Ein Beitrag über Minderheiten und Randgruppen in einer Reportage.	
Ein historischer Bericht zum Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges.	
Eine Gegenüberstellung der einzelnen Parteien und ihrer Spitzenkandidaten vor einer Wahl in einer Zeitschrift.	
Ein Spielfilm (Eigenproduktion) im öffentlich rechtlichen Sender.	
Eine Diskussionsrunde der Spitzenkandidatinnen und – kandidaten vor einer Wahl im TV.	
Eine Veröffentlichung der aktuellen Arbeitslosenstatistik.	
Ein Wochenmagazin berichtet sachlich und verständlich über wirtschaftliche und politische Zusammenhänge.	
Eine Tageszeitung prangert bürokratische Willkür bei der Erteilung von Zuschüssen an.	
Die Sondersendung „Faktencheck“ überprüft den Wahrheitsgehalt der Antworten von PolitikerInnen in einem TV-Interview.	
Ein Aufruf zu Spenden nach einer Naturkatastrophe.	
Durch die Herausgabe der neuen Zeitschrift entstehen 100 neue Arbeitsplätze.	
Die Hitparade im Rundfunk.	

## 10.2 INFORMATION, KOMMENTARE UND MANIPULATION

Eine der wichtigsten Funktionen der Medien ist die **Informationsweitergabe** über das öffentliche Geschehen. Aufgrund der schnell wachsenden Medienlandschaft fällt es jedoch zunehmend schwer, seriöse Beiträge von schlecht recherchierten Artikeln zu unterscheiden. Information ist nur dann **unabhängig**, wenn möglichst **sachlich** berichtet wird und nicht die Meinungen von Parteien, Regierung, Medieninhabern oder diverser Geldgeber im Vordergrund stehen.



In einer Demokratie ist es wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger über **politische Diskussionen und Entscheidungen** Bescheid wissen und dadurch dabei unterstützt werden, **politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge** besser zu verstehen. Wählerinnen und Wähler werden so in die Lage versetzt, ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechend bei Wahlen und Abstimmungen zu entscheiden, wodurch letztlich die Meinungsbildungsfunktion erfüllt wird. Medien üben auch durch das Aufdecken und die **Veröffentlichung von Missständen** eine wichtige Kontroll- bzw. Kritikfunktion aus<sup>1</sup>.

Die technischen Entwicklungen erleichtern bei der Darstellung von Beiträgen in den Medien aber auch Manipulation. Im Fernsehen kann z. B. die Wahl der Hintergrundmusik in einer Reportage bestimmte Aussagen sinnverändernd darstellen oder bestimmte Formulierungen von Aussagen meinungsbildend verstärken.

Printmedien betreiben ebenso wie Rundfunk und Fernsehen Websites, wo Besucherinnen und Besuchern der Seiten die Möglichkeit geboten wird, **Kommentare** abzugeben. Daraus entwickelt sich in der Regel eine rege **Diskussion**. Die Betreiber/innen des Internetdienstes achten in der Regel darauf, dass Kommentare nicht rassistisch, antisemitisch oder extrem aggressiv sind. Als Leserin oder Leser sollten Sie auf der Hut sein, wenn Artikel nur gelobt werden. Möglicherweise handelt es sich dabei um eine immer üblicher werdende Form der **Manipulation**, nämlich die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Das geschieht in der Regel durch einseitige, **gekaufte Massenkommmentare**.



<sup>1</sup> vgl. [www.demokratiewebstatt.at](http://www.demokratiewebstatt.at)



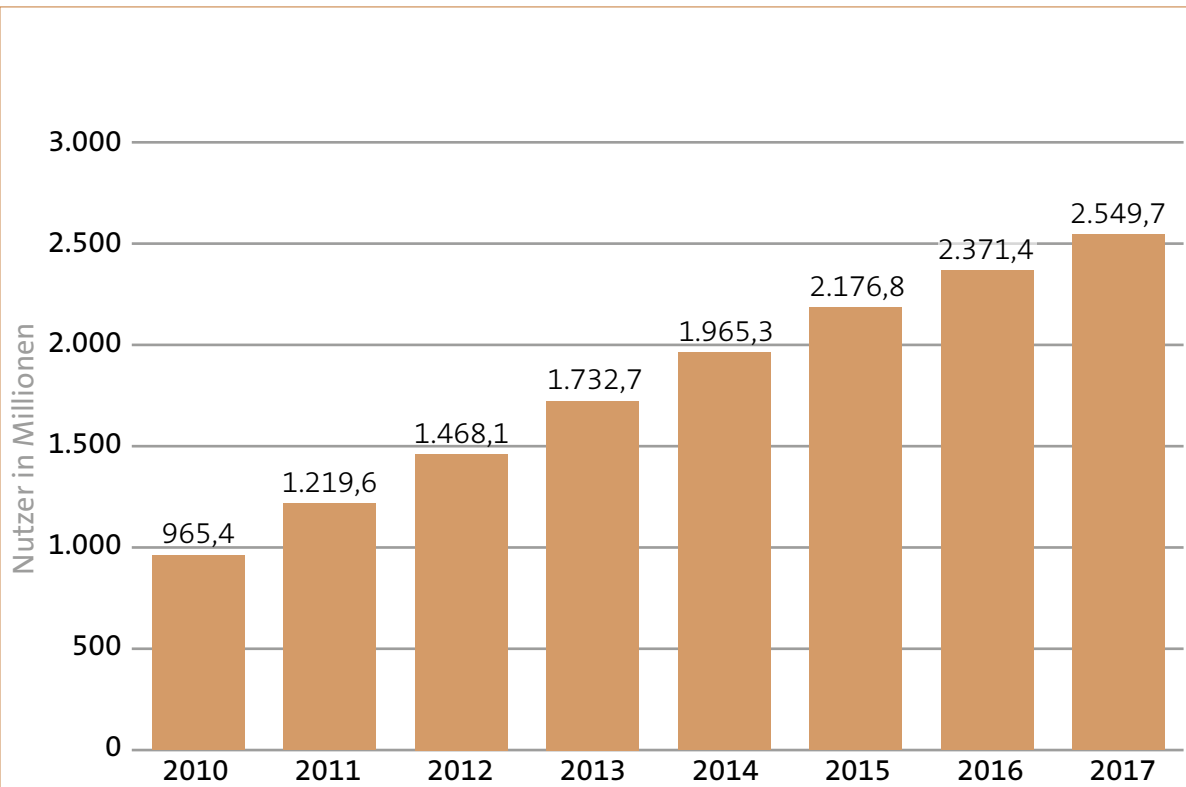
## 10.3 NEUE MEDIEN

Unter dem Begriff „Neuen Medien“ versteht man zeitbezogene, neue Medientechniken zur Verbreitung von Informationen. Aufgrund ständiger Erreichbarkeit haben **soziale Netzwerke** die Kommunikation zwischen Einzelnen und Organisationen erheblich verändert.



### 10.3.1 Soziale Medien

Soziale Medien zählen zu den großen Ausnahmereisungen des Internets in der heutigen Zeit. Internet-Plattformen wie Facebook, XING, Twitter, LinkedIn, Google+ oder Instagram bieten **Netzwerk services** an, um Gleichgesinnte untereinander zu vernetzen. Das Internet bietet viele Vorteile für die Nutzerinnen und Nutzer: Sie können sich durch Profile im Internet darstellen und weltweit Kontakte knüpfen. Des Weiteren können sie eigene Bilder, Videos und Texte veröffentlichen. Da die Benutzung für Privatleute in der Regel kostenlos ist, hat sich die Verbreitung der Sozialen Medien in den letzten Jahren schnell vergrößert, wie die folgende Abbildung verdeutlicht.



Anzahl der Nutzer sozialer Netzwerke weltweit im Jahr 2012 und Prognose bis 2017 in Millionen.  
([www.de.statista.com](http://www.de.statista.com))

### Soziale Medien für Unternehmen: Social Business

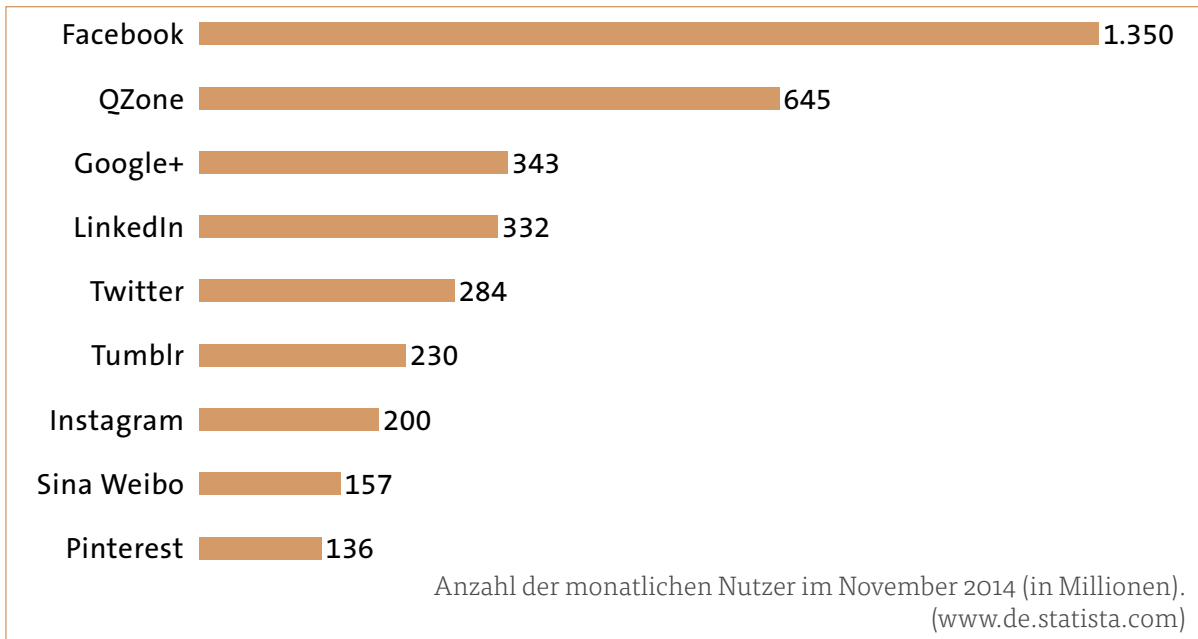
Auch Organisationen und Unternehmen nutzen längst die Vorteile der Sozialen Medien, um neben dem klassischen Internet-Auftritt (Firmen-Website), auch auf diese Weise mit ihrer Zielgruppe in Verbindung zu treten. Während herkömmliche Internet-Auftritte lediglich **Einweg-Kommunikation** zulassen, besteht bei Facebook-Seiten die Möglichkeit, mittels informierender und unterhaltsamer Blogs oder Tweets mit den Kundinnen und Kunden in Verbindung zu treten und auch **Rückmeldungen** von diesen zu erhalten. Zum Unterschied zur klassischen Werbung erwarten sich die Benutzer/innen und Benutzer von Facebook und anderen Plattformen auch **informierende Botschaften**, nicht nur Werbeslogans und Verkaufsargumente.



### Social Media Plattformen

Zu den bekanntesten Plattformen zählen:

Facebook	ist derzeit das weltweit größte Soziale Netzwerk mit circa 1 Milliarde Benutzer/innen, die zu einem großen Teil täglich online sind. Mehr als 30 % der Benutzer/innen nutzen Facebook mit mobilen Geräten.
Netlog	ist ein beliebtes Portal bei Jugendlichen und wird von mehr als 97 Millionen Anwender/innen in Europa genutzt. Es ist in ca. 40 Sprachen verfügbar.
Twitter	ist ein Kurznachrichtendienst, bei dem die Benutzer/innen sogenannte „Tweets“ mit maximal 140 Zeichen posten können. Die meisten User twittern kaum, aber folgen (daher der Name „Follower“) anderen. Twitter ist besonders beliebt in der Unterhaltungsbranche und in der Politik. Twitter hat ungefähr 300 Millionen User/innen, Tendenz stark steigend.
Instagram	wird von den Anwender/innen dazu genutzt, Fotos in Web-Alben hochzuladen und ihren Kontakten zur Ansicht zur Verfügung zu stellen. Die Benutzer/innen tauschen auch Ideen aus und können Kommentare zu den Bildern abgeben. Dieser Dienst ist ebenso in der Unterhaltungsbranche sehr verbreitet. Das Unternehmen ist eine Facebook-Tochtergesellschaft.
WhatsApp	ist ein Kurznachrichten-Dienst, der das Internet statt dem Handynetzt nutzt. WhatsApp wird von Jugendlichen mittlerweile als soziales Netzwerk genutzt und wurde von Facebook gekauft.
XING	ist ein deutschsprachiges Karriere-Netzwerk, das ähnlich wie Facebook funktioniert, wobei nur berufliche Informationen veröffentlicht werden – Stellen werden angeboten bzw. gesucht.
Google+	hat in der Funktionalität große Ähnlichkeit mit Facebook, wurde aber von den Jugendlichen nicht wie erhofft angenommen. Google+ spricht nun die Zielgruppe der jüngeren städtischen Mittelschicht an und plant das Angebot von Videotelefonie und anderen beruflich zu nutzenden Anwendungen.
LinkedIn	ist ein englischsprachiges Karriere-Netzwerk – ähnlich wie XING – und ist besonders in den USA beliebt.
QZone	ist ein soziales Netzwerk, das offiziell nur in China aktiv ist (Marktführer in China), jedoch von Menschen mit chinesischen Wurzeln weltweit verwendet wird.



### 10.3.2 Gefahren in Sozialen Netzwerken

Soziale Netzwerke sind bei Jugendlichen besonders beliebt, weil sie den Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit bieten, weltweit Gleichgesinnte zu finden, mit ihnen in Kontakt zu treten und mit ihnen zu kommunizieren. Mehr als 80 % Prozent aller Jugendlichen haben ein Profil. Die jugendlichen Anwender/innen und Anwender nutzen Soziale Medien, um von der Online-Community Rückmeldung über ihr Profil und ihre Darstellung im Web zu bekommen. Darin liegen aber jede Menge Gefahren in der Nutzung.



Den Jugendlichen fehlt oft das **Bewusstsein über die Zugänglichkeit von persönlichen Daten**, Kommentaren oder Fotos für andere und den damit verbundenen Gefahren des Datenmissbrauchs. Einmal im Internet veröffentlichte Informationen sind ab diesem Zeitpunkt nicht mehr privat, weil sie sich **verbreiten**, in Suchmaschinen und in Online-Archive gelangen. Ihre veröffentlichten Dateien werden kopiert und weitergeleitet. Einträge und Bilder können nachträglich daher nur **schwer oder gar nicht gelöscht** werden. Aus diesem Grund sollten Sie sich im Vorfeld genau überlegen, was andere von Ihnen wissen dürfen und welche Informationen Sie posten. Bedenken Sie stets: „Das Internet vergisst nie“ - Personalmanager erkundigen sich vermehrt im Internet nach Bewerberinnen und Bewerbern. Suchmaschinen ermöglichen es Ihnen, Profile und Informationen dieser Personen aufzurufen. Achten Sie genau darauf, welches Bild Sie von sich vermitteln. Jugendsünden in Form von kompromittierenden Bildern könnten im späteren Berufsleben von Nachteil sein.

Weitere Probleme und Gefahren im Umgang mit Sozialen Netzwerken sind<sup>2</sup>:

Online-Sucht

große Ablenkung vom Lernen/von der Arbeit

Gefahr von Cybermobbing/Stalking

Identitätsdiebstahl/Internetbetrug

sexuelle Übergriffe (Pädosexuelle nutzen Soziale Medien um Kontakt mit späteren Opfern aufzunehmen)

<sup>2</sup> vgl. [www.jugendundmedien.ch](http://www.jugendundmedien.ch)



Zum **Schutz vor Missbrauch** hilft die Verwendung **sicherer Passwörter**. Datenschützer verfolgen mit Sorge, dass die Nutzerinnen und Nutzer sozialer Medien sehr leichtfertig mit ihren Daten umgehen. Ungeschützte Daten können auch zu ungewollten Verwechslungen mit namensgleichen Personen oder zum Diebstahl der Identität führen. Derartige **Betrugsdelikte** mehren sich, wie z. B. das Bestellen im Internet unter Angabe eines falschen Namens. Durch Einträge in den Sozialen Medien finden Kriminelle ganz leicht Geburtsdaten heraus und können so teure Bestellungen tätigen, die sie später nie bezahlen. Achten Sie daher genau, wer welche Informationen Ihres Profils einsehen kann. Es empfiehlt sich, nur Freunde hinzuzufügen, die man persönlich kennt und seine Einstellungen regelmäßig zu überprüfen.



Weitere Probleme ungeschützter Daten sind **Phishing-Angriffe** an im Internet veröffentlichte E-Mail-Adressen (E-Mails werden mit Programmen in Umlauf gebracht, mit dem Ziel, Zutrittsdaten zu erlangen, z. B. für Bankdaten) oder **Stalking/Cyber-Mobbing**.

Öffnen Sie daher nur elektronische Nachrichten von Personen, die Sie kennen und bleiben Sie sogar in diesem Fall vorsichtig. Diese Personen könnten selbst Phishing-Opfer sein. Besonders der Klick auf Anlagen und Internet-Links sollte vorher gut überlegt sein. Speziell wenn Sie nach so einem Klick zur Bestätigung einer Installation aufgefordert werden, sollten Sie das auf jeden Fall **ablehnen**.

Wenn Sie ein Soziales Netzwerk künftig nicht mehr nutzen wollen, sollten Sie Ihre Profildaten löschen, damit das Auffinden Ihrer Daten erschwert wird.

### 10.3.3 Apps

Jugendliche nutzen ihr Handy längst nicht nur mehr zum Telefonieren. Besonders beliebt sind Instant-Messaging-Anwendungen aus dem Bereich der Sozialen Medien und diverse Spiele, die die Installation von sogenannten Apps erforderlich machen. Apps sind Anwendungen (engl. Applications), die auf mobilen Endgeräte installiert werden und zum Teil auch kostenlos von App-Stores heruntergeladen werden können. Beliebte Spiele-Apps werden von Teenagern gerne genutzt, ohne jedoch mögliche Gefahren zu bedenken. Viele Apps **greifen auf die persönlichen Daten (z. B. Kontakte)** zu, die auf dem Handy gespeichert sind, obwohl es für die Verwendung der App gar nicht notwendig wäre. Anbieter nutzen die so erhaltenen Daten zu Werbezwecken oder verkaufen sie an andere Unternehmen. Es gibt Betrugsfälle, wo Apps vertrauliche Informationen ausspionieren (wie z. B. eingegebene Kennwörter abfangen) und so großen Schaden anrichten können.



Zum sicheren Umgang mit Apps sollten Jugendliche daher folgende Tipps beachten<sup>3</sup>:

Apps nur von vertrauenswürdigen Anbietern (offizielle App-Shops) herunterladen

Vorsicht vor Anbietern, die in schlechtem Deutsch werben

schlecht bewertete Apps nicht installieren

Vorsicht auch vor kostenlosen Apps und mit den damit verbundenen Werbelinks

mobilen Virenschutz installieren

nicht mehr benötigte Apps löschen

Zugriffsberechtigungen bei der Installation von Apps genau kontrollieren

Apps, die zu viele Berechtigungen fordern, besser nicht installieren

bei den Privatsphäreneinstellungen die sicherste Stufe wählen, damit ungewollte Kontakte vermieden werden; die Apps sollen keinen Zugriff auf das Adressbuch und private Informationen haben

Ortungsdienste und GPS ausschalten, damit die Apps den Aufenthaltsort nicht ermitteln können

App-Käufe deaktivieren, damit man nicht in Kostenfallen tappt



App	Bedienung	Funktionen	Datenschutz	Meldemöglichkeit	Spaßfaktor
WhatsApp	+++	++	-	--	++
Facebook	++	+++	--	+	++
Instagram	++	+	--	+	+
YouTube	+++	++	--	+	++
Clash of Clans	+	+	++	+	+++
Skype	+++	++	--	+	+
Quizduell	++	+	0	--	++
Google	+++	+	--	entfällt	0
Snapchat	++	+	---	--	+
Candy Crush	+++	+	0	entfällt	++

<sup>3</sup> vgl. [www.jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net)

## WISSEN

---

1. Wie beeinflussen Medien unser Leben? Stellen Sie positive und negative Aspekte gegenüber:

Positive Aspekte	Negative Aspekte

2. Welche Gefahren lauern in den Sozialen Netzwerken?

---

---

---

---

---

Erkenntnisse/Lernhilfe in eigenen Worten

---

---

---

---

---

---

## KOMPETENZCHECK

1. Vergleichen Sie Zeitungsartikel verschiedener Tageszeitungen über ein Ereignis in Österreich und tragen Sie die Antworten zu den W-Fragen in die folgende Tabelle ein.

Was lässt sich über die Sprache in den Artikeln sagen?

Welche Unterschiede können Sie bei den Artikeln erkennen?

Inwieweit werden die Leser/innen beeinflusst?

Ereignis			
	Zeitung 1:	Zeitung 2:	Zeitung 3:
Wann?			
Wo?			
Wer?			
Wie?			
Welche Folgen?			
Gibt es inhaltliche Auffälligkeiten? Ist eine Beeinflussung der Leser/innen erkennbar?			
Welche stilistischen/orthographischen Auffälligkeiten gibt es? (Rechtschreibfehler, Wortwahl, Rufzeichen, Übertreibungen, etc.)			
Wie seriös wirkt die Berichterstattung? (Vergeben Sie Noten im Schulnotensystem 1-5)			

2. Begründen Sie in der Gruppe das folgende Zitat:

„Demokratie braucht gut informierte Bürgerinnen und Bürger.“

---



---



---



---



---

3. Sie streben nach Abschluss Ihrer Lehre eine Stelle als Abteilungsleiter in einem großen Unternehmen an. Worauf müssen Sie in Bezug auf das Internet und Soziale Medien schon heute achten?




---



---



---



---

In welchen Sozialen Netzwerken werden Sie sich ein Profil anlegen, wenn Sie die Lehre beendet haben, damit Unternehmen auf Sie aufmerksam werden?

---



---

4. Ihr Freund Max möchte ein neues Handy anmelden und erfährt dabei, dass gegen ihn eine Lohnpfändung läuft. Er muss erfahren, dass jemand in seinem Namen bei einem Internet-Verbandhandel Waren im Wert von über € 2.000 bestellt, aber nie bezahlt hat.

Wie konnte das passieren?

---



---

Wie hätte sich Max davor schützen können?

---



---

Recherchieren Sie im Internet. Ist dies schön öfter passiert?

---



---

Erkenntnisse/Lernhilfe in eigenen Worten

---



---



12 POLITIK UND PARTIZIPATION .....165

---

12.1 DEMOKRATIE..... 167

---

12.2 DIREKTE UND INDIREKTE DEMOKRATIE..... 168

---

12.3 WAHL UND WÄHLEN ..... 169

---

12.4 MEHRHEIT UND MINDERHEIT..... 171

---

12.5 BETROFFENHEIT..... 172

---

12.6 PARTIZIPATION - BETEILIGUNGSMÖGLICHKEIT..... 172

---

WISSEN .....173

---

KOMPETENZCHECK.....174

---

Nach Bearbeitung dieses Kapitels verstehen Sie die wesentlichen Kriterien von Politik und Demokratie; Sie können diese Begriffe anderen erklären und demokratische Systeme von nicht-demokratischen Systemen unterscheiden

## 12 POLITIK UND PARTIZIPATION

Was genau Politik ist (bzw. sein kann) und was man unter Demokratie versteht, wird nachfolgend genauer erklärt werden. Die Begriffe Politik und Demokratie begegnen uns tagtäglich. Politik bestimmt unser Leben zu einem ganz wesentlichen Teil mit und Demokratie ist seit Jahrzehnten das zentrale Grundprinzip unseres politischen Systems. Politik regelt das Zusammenleben von Menschen. Demokratie bedeutet ein Politikprinzip, das ein weitgehend gewaltfreies Miteinander unterschiedlicher Menschen und Gruppen von Menschen ermöglicht. Nachfolgend wird genauer erklärt, was Politik ist (bzw. sein kann) und was unter Demokratie verstanden wird.



### „WAHLRECHT AUCH OHNE STAATSBÜRGERSCHAFT?“

Sarah Schneider lebt seit sechs Jahren mit deutschem Pass in Österreich, Clifford Erinwionghae flüchtete vor neun Jahren aus Nigeria nach Wien. Beide sind keine österreichischen Staatsbürger und gehören damit zu jener einen Million Einwohner, die bei der Nationalratswahl am 29. September nicht mitstimmen darf. Wahlberechtigt sind nur Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft - ein Demokratiedefizit, kritisieren die politische Arbeitsgruppe „WahlweXel jetzt!“ und SOS Mitmensch.

In Wien sind 21 Prozent der Einwohner nicht wahlberechtigt, im 15. Bezirk sogar 34 Prozent. „Wer in Österreich lebt, soll auch wahlberechtigt sein“, fordert Fanny Müller-Uri von „WahlweXel jetzt!“. Alexander Pollak von SOS Mitmensch sagt: „Wer seit drei Jahren den Hauptwohnsitz in Österreich hat und von politischen Entscheidungen betroffen ist, sollte bei Wahlen mitstimmen dürfen.“

[www.wienerzeitung.at](http://www.wienerzeitung.at)

Würden Sie dem Vorschlag, das Wahlrecht für Ausländer/innen einzuführen eher zustimmen oder eher nicht zustimmen? Begründen Sie Ihre Meinung.

## GLOSSAR

politisch	Politisch sind alle Angelegenheiten, die Bürger/innen betreffen.
Demokratie	Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes (und stammt vom griechischen demos – Volk und kratein – herrschen).
Partizipation	Im Begriff Partizipation steckt das lateinische pars – Teil und capere – ergreifen. Man wird durch Partizipation also Teil von etwas, man beteiligt sich an politischen Prozessen.
Dissident	Als Dissidenten bezeichnet man Menschen, die eine von der Regierungslinie unterschiedliche bzw. verbotene politische Meinung vertreten. Der Begriff wird in erster Linie in Zusammenhang mit Diktaturen verwendet.

Konkret heißt Politik die „Lenkung eines Staates und der öffentlichen Angelegenheiten“ bzw. ein „berechnendes, zielgerichtetes Verhalten“. Das griechische Wort politike (techne) steht für Staatsverwaltung bzw. die (Kunst der) Staatsverwaltung und politisch (politikos) bedeutet die Bürger betreffend<sup>1</sup>.

Abgeleitet davon kann man den Begriff Politik folgendermaßen umschreiben:

„Politik ist jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen (d. h. von ‚allgemeiner Verbindlichkeit‘) in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt<sup>2</sup>.“

Das bedeutet also: bei Politik geht es grundsätzlich um **menschliches Handeln**. Menschen sind dafür verantwortlich, **Entscheidungen** zu treffen. Voraussetzung dafür ist, dass diese Menschen dazu berechtigt werden: sie werden gewählt bzw. von gewählten Parteien in jene Gremien geschickt, wo Entscheidungen getroffen werden (z. B. in Parlamente).

Des Weiteren geht es um die Herstellung von **verbindlichen Regelungen**, um Gesetze, die unser Zusammenleben regeln. Weil es im Zusammenleben von Menschen **unterschiedliche Interessen** und Wünsche gibt, müssen gewisse Regeln (Spielregeln) geschaffen werden, die diese unterschiedlichen Interessen berücksichtigen. Dabei gibt es zum einen Grund- und Menschenrechte, zum anderen alle anderen Gesetze. Einfache Gesetze werden mit einfacher (50 %) Mehrheit entschieden und Verfassungsgesetze in Österreich mit 2/3 Mehrheit.



Diese Verbindlichkeit schließlich gilt für das Zusammenleben von Gruppen von Menschen, d.h. für alle Österreicher/innen bzw. für die Bewohner/innen eines Bundeslandes (wenn es Landesgesetze betrifft).

Politisch geregelt werden müssen dabei nur Angelegenheiten, die aufgrund unterschiedlicher Interessen eventuell Streitfälle darstellen könnten:

**Beispiel Wasser:** Wir sind in Österreich in der glücklichen Lage, dass ausreichend Wasser für alle zur Verfügung steht. Wir bezahlen für das von uns genutzte Wasser zwar einen kleinen Betrag, dieser aber ist für alle erschwinglich. In Österreich muss niemand verdursten. In anderen Ländern ist das wesentlich dramatischer, dort werden z. B. Kriege oder andere gewaltsame Auseinandersetzungen geführt um Zugang zu (sauberem) Trinkwasser zu bekommen (z. B. in Dürregebieten in Afrika oder Asien).

Allerdings gibt es auch bei uns Notwendigkeiten, dass in die Verteilung des Wassers eingegriffen wird. Weniger sichtbar ist dies in ländlichen Regionen, deutlicher bemerkbar aber in städtischen. Im Rahmen der Holding Graz, die der Gemeinde Graz gehört, bietet Styrian Aqua Service z. B. überregional Wasserdienstleistungen an (Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung); die Linz AG Wasser betreut neben der Landeshauptstadt Linz mehr als 20 andere Gemeinden im Bereich Wasser.

<sup>1</sup> Bernhard Kytzler, Lutz Redemund, Nikolaus Eberl (2014): Unser tägliches Griechisch; Koblenz – Edition Kramer; 836-837; 1089 bzw. Wilhelm Gemoll, Griechisch-Deutsches Schul- und Handwörterbuch, Wien HPT-Medien, 617.

<sup>2</sup> Werner J. Patzelt (2001): Einführung in die Politikwissenschaft, Passau: Wissenschaftsverlag Rothe, 23

Politik ist also notwendig, um unser Zusammenleben zu regeln. Wie dies nun konkret geschieht, darüber gibt es unterschiedliche Vorstellungen. In **Diktaturen** gehen die jeweiligen Machthaber davon aus, dass jegliche Entscheidung an der Staatsspitze getroffen wird und die Bürger/innen keine Möglichkeit der Mitwirkung haben sollen. Es gibt weder ein funktionierendes Parlament noch eine Opposition (damit auch keine Kontrolle der Regierenden) geschweige denn eine freie Presse oder Medienlandschaft. Wichtige Instrumente, mögliche neue/andere/demokratische Ideen nicht aufkommen zu lassen sind in Diktaturen **Gewalt und Terror gegen die eigene Bevölkerung**. In Diktaturen werden Oppositionelle immer wieder unter allen möglichen Vorwänden inhaftiert, teilweise gefoltert oder hingerichtet.



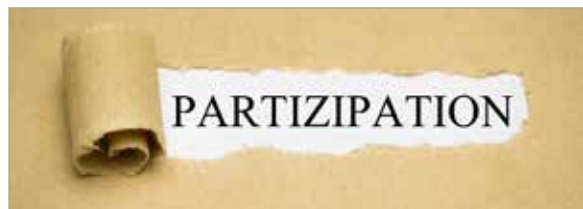
2010 wurde dem chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo der Friedensnobelpreis verliehen. Er war Schriftsteller und setzte sich viele Jahre für die Einhaltung von Menschenrechten in China ein. Der herrschenden Elite des Landes ist dies nicht recht. China hat die Auszeichnung für den – seiner Meinung nach – „Kriminellen“ als Einmischung in innere Angelegenheiten scharf verurteilt. Ab 2009 war Liu Xiaobo im Gefängnis, wo er im Juli 2017 an einer Krebserkrankung verstarb.

Bekannte Diktaturen waren im 20. Jahrhundert z. B. neben dem Nationalsozialismus und Stalinismus verschiedene andere faschistische oder kommunistische Systeme. Im 21. Jahrhundert gibt es Diktaturen z. B. in Nordkorea, Kuba oder Syrien.

Den Gegenpol zu Diktaturen bilden demokratische Systeme. Demokratische Systeme liegen irgendwo zwischen Schlaraffenland und Tyrannei: Sie sind weder das eine, noch das andere. Was aber macht Demokratien nun aus?

## 12.1 DEMOKRATIE

Demokratie (demokratia) bedeutet wörtlich übersetzt **Volksherrschaft**. Das alleine sagt noch sehr wenig aus: in der attischen Demokratie im 5. Jahrhundert v. Chr. etwa zählten Frauen nicht zum Volk – sie durften nicht mitreden, geschweige denn mitentscheiden. Generell geht es also zunächst einmal darum, wer zum „Volk“ gehört. Wir gehen davon aus, dass dies in erster Linie alle **Staatsbürger** sind, ab einem bestimmten Alter mit uneingeschränkt gleichen Rechten. In Österreich dürften alle jene mitwählen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und älter als 16 Jahre sind. Viele andere, die dauerhaft in Österreich leben, sind aber ausgeschlossen: jene, die zwar älter als 16 sind, jedoch nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.



Grundsätzlich sind in demokratischen Systemen mehrere Punkte zu berücksichtigen: zum einen geht es um Aspekte direkter und indirekter Demokratie, zum anderen um die Frage Mehrheit und Minderheit, schließlich auch um die Frage der Betroffenheit von politischen Entscheidungen.



## 12.2 DIREKTE UND INDIREKTE DEMOKRATIE

Direkte Demokratie bedeutet, dass Wähler/innen direkt mitbestimmen bzw. entscheiden können. Indirekte Demokratie bedeutet, dass Gewählte für einen bestimmten Zeitraum Entscheidungen treffen können – z. B. Parlamentsabgeordnete während der Dauer einer Legislaturperiode oder Regierungsmitglieder während der Zeit als Minister/innen.

In Österreich kennen wir mehrere Mittel dieser direkten Demokratie: das wichtigste sind Wahlen. Neben den Wahlen gibt es **Volksbefragung, Volksbegehren und Volksabstimmung**: Bei einer Volksbefragung wird die Meinung der Wähler/innen zu einem bestimmten Thema abgefragt (z. B. im Jänner 2013 über die Frage Berufsheer und freiwilliges Sozialjahr oder Wehrpflicht und Zivildienst).

## FRAGESTELLUNG AM 20. JÄNNER 2013

„Sind Sie für die Einführung eines **Berufsheeres** und eines bezahlten freiwilligen **Sozialjahres?**“

ODER

„Sind Sie für die Beibehaltung der **allgemeinen Wehrpflicht** und des **Zivildienstes?**“



Das Ergebnis von Volksbefragungen ist nicht bindend, d. h. der Nationalrat kann immer noch anders entscheiden. Volksbefragungen finden relativ häufig auf Landes- oder Gemeindeebene statt.

Ähnlich bei Volksbegehren: Hier wird den Wähler/innen ein Gesetzestext vorgelegt, den sie unterschreiben können. Tun dies **mehr als 100.000** von ihnen, so muss der Nationalrat dieses Thema diskutieren (kann aber auch entscheiden, das Anliegen nicht umzusetzen). Bei einer Volksabstimmung hingegen **entscheiden die Wähler/innen** tatsächlich über ein Gesetz – so im November 1978 über die Nicht-Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf oder 1994 über den Beitritt zur EU.





Eine Volksabstimmung ist dann zwingend durchzuführen, wenn es – wie beim EU-Beitritt 1995 – um eine **Gesamtänderung der Verfassung** geht oder (was bisher nie der Fall war) der **Bundespräsident/die Bundespräsidentin seines/ihrer Amtes enthoben werden soll**.



**Indirekte** (oder repräsentative) Demokratie bedeutet, dass nicht die Wähler/innen über bestimmte Themen (z. B. Gesetze) entscheiden, sondern von den Parteien legitimierte Personen – die **Abgeordneten**. Diese werden – je nach Wahlergebnis – in den Nationalrat, den Landtag oder den Gemeinderat entsandt; der Bundesrat (die zweite Kammer des Parlaments) wird je nach Landtagswahlergebnis beschickt.

Die Abgeordneten sitzen für eine bestimmte Zeit in der jeweiligen Institution (5 Jahre im Nationalrat und in allen Landtagen außer jenem von Oberösterreich [hier sind es 6 Jahre] und je nach Bundesland 5 oder 6 Jahre im Gemeinderat). In dieser Zeit genießen vor allem Nationalrats- und Landtagsabgeordnete besonderen Schutz für ihre Tätigkeit (**Immunität**), sie müssen aber – werden sie nicht für eine weitere Legislaturperiode ausgewählt – ihren Platz nach der entsprechenden Zeit wieder räumen.

Wichtige Elemente der indirekten Demokratie sind neben Parteien und Interessenverbänden auch die Bundes- und die Landesregierungen.

Überlegen Sie drei Themen, die direkt durch Wähler/innen entschieden werden sollen. Und überlegen sie drei Themen, die auf jeden Fall durch das Parlament geregelt werden sollten.

Notizen:

---



---



---

## 12.3 WAHL UND WÄHLEN

Eine der nach wie vor wichtigsten Formen direkter demokratischer Beteiligung ist die Wahl. Wir wählen Parteien, die ihrerseits je nach Anzahl der gewonnenen Mandate, Abgeordnete in den Nationalrat, in verschiedene Landtage oder in den jeweiligen Gemeinderat entsenden können. In sechs Bundesländern werden die Bürgermeister/innen direkt gewählt; daneben wählen wir den Bundespräsidenten/die Bundespräsidentin und die österreichischen Abgeordneten für das Europäische Parlament und Abgeordnete für die Kammern (z. B. Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer).



Das Wahlrecht wurde im Wesentlichen im 19. Jahrhundert entwickelt und dann im vergangenen Jahrhundert massiv ausgebaut.

Eine wichtige Frage war dabei jene nach der **Wahlberechtigung**: Wer soll wählen dürfen? In früheren Zeiten (im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert) war das Wahlrecht zunächst an Besitz oder Steuerleistung gekoppelt, überdies waren in den meisten Ländern Frauen lange Zeit vom Wahlrecht ausgeschlossen. In Österreich bekamen Männer das allgemeine Wahlrecht 1907, Frauen 1918. In der Schweiz wurde das Wahlrecht für Frauen überhaupt erst 1971 eingeführt. Heute ist eine zentrale Frage der Zusammenhang von Staatsbürgerschaft und Wahlrecht: Sollen Nicht-Österreicher/innen, die seit längerer Zeit ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben das Wahlrecht bekommen oder nicht? In Österreich lebende EU-Bürger/innen dürfen z. B. bei Gemeinderatswahlen und bei Wahlen zum Europäischen Parlament in Österreich mitwählen.



Für Diskussionen sorgte 2007 die **Wahlaltersenkung auf 16 Jahre**. Mit 16 Jahren dürfen Österreicher/innen wählen („aktives Wahlalter“), mit 18 Jahren gewählt werden („passives Wahlalter“; bei der Bundespräsidentenwahl 35 Jahre). In sehr vielen Ländern liegt das aktive Wahlalter bei 18 Jahren, Österreich ist eines der wenigen Länder mit niedrigerem Wahlalter. Im Lauf der Geschichte wurde das Wahlalter immer wieder gesenkt; in der Zweiten Republik lag es zunächst bei 20, später bei 19 und ab 1992 bei 18 Jahren.

Finden Sie ein bis zwei Argumente die für und ein bis zwei Argumente die gegen die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre sprechen.

Eine interessante Frage bei Wahlen ist auch jene der **Wahlbeteiligung**: In einigen Ländern gibt es nach wie vor eine Wahlpflicht, d. h. dass alle Wähler/innen auch tatsächlich wählen gehen müssen. In Österreich wurde die Wahlpflicht, die es bei manchen Wahlen gab, mittlerweile auf allen Ebenen aufgehoben und die Wahlbeteiligung ist je nach Wahl unterschiedlich. Bei Nationalratswahlen gaben in den vergangenen 30 Jahren zwischen 75 % (2013) und knapp 89 % (1986) der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Bei Landtagswahlen liegt die Wahlbeteiligung unterschiedlich hoch, in etwa aber zwischen 60 und 75 %.

Anders bei Wahlen zum **Europäischen Parlament**: Hier liegt die Wahlbeteiligung deutlich niedriger. 1996 gingen noch mehr als 2/3 zur Wahl (66,7 %), 1999 nur mehr knapp 40 % und 2004 nur mehr 42 %. 2009 und 2014 waren es wieder um die 46 %. Ein Grund für die geringere Wahlbeteiligung bei Wahlen zum EU-Parlament liegt darin, dass diese Wahlen von vielen im Vergleich zu anderen Wahlen – fälschlicherweise – als weniger wichtig eingestuft werden.

Grundsätzlich sagt die Wahlbeteiligung noch wenig über die Demokratiequalität eines Landes aus: Wenn – wie in der Schweiz – zahlreiche andere direktdemokratische Instrumente genutzt werden können, ist die Wahlbeteiligung meist niedriger, auch in den USA liegt sie bei Präsidentschaftswahlen üblicherweise unter 60 %.

Dramatisch sind aber Ergebnisse wie jene aus der Slowakei oder aus Tschechien bei der Wahl zum EU-Parlament 2014: In Tschechien gingen nur 18,2 % zur Wahl, in der Slowakei gar nur 13,05 %. Auch in Polen (24 %), Slowenien (24,5 %), Kroatien (25,2 %) und Ungarn (28,9 %) lag die Wahlbeteiligung unter 30 %. In diesen Ländern machten also zwischen 71 % und 86 % der Wähler/innen keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht.

## 12.4 MEHRHEIT UND MINDERHEIT

In einer Demokratie entscheidet grundsätzlich die Mehrheit.

Aber das ist nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick aussieht. Mehrheit bedeutet in vielen Fällen 50 % plus 1. Wenn bei einer Abstimmung 51 von 100 dafür sind und 49 von 100 dagegen, gilt dieser Punkt als angenommen. Im Nationalrat liegt die Mehrheit bei 92 (von 183) Abgeordneten. Bei besonders wichtigen Gesetzen – bei Verfassungsgesetzen – benötigt man für einen Gesetzesbeschluss eine qualifizierte Mehrheit, d. h. eine 2/3 Mehrheit. Bei der Verabschiedung von Verfassungsgesetzen muss mindestens die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein (Anwesenheitsquorum), bei einfachen Gesetzen genügt ein Anwesenheitsquorum von einem Drittel der Abgeordneten.



Es gibt aber auch Bereiche, in denen eine Mehrheit nicht demokratisch über bestimmte Rechte oder Gesetze abstimmen kann.

**Beispiel Todesstrafe:** in den Ländern der EU gibt es keine Todesstrafe. Unter Art. 2. Abs. 2 der EU-Grundrechtscharta steht „Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden“. Würde also in einem EU-Mitgliedsland mehrheitlich beschlossen, die Todesstrafe wieder einzuführen, so wäre dies zwar eine Mehrheitsentscheidung, hätte aber mit Demokratie nichts zu tun (und würde vom Gerichtshof der EU umgehend zurückgewiesen werden).

**Beispiel Wahlrecht:** Unter Art. 19 der EU-Grundrechtscharta steht, dass EU-Bürger/innen in jenem EU-Mitgliedsland, in dem sie ihren Wohnsitz haben, bei Wahlen zum EU-Parlament mitwählen dürfen. Würde nun eines der Mitgliedsländer mit Mehrheit festlegen, dass dieses Recht im betreffenden Land nicht gilt, wäre das zwar eine Mehrheitsentscheidung, aber ebenso nicht-demokratisch (und würde vom Gerichtshof der EU umgehend zurückgewiesen werden).

Eine demokratische Mehrheitsentscheidung ist grundsätzlich bei Grund- und Menschenrechten nicht möglich.

## 12.5 BETROFFENHEIT

Eine Regel in der Demokratie lautet, dass jene, die von Entscheidungen betroffen sind, auch die Möglichkeit haben sollten, an diesen Entscheidungen mitzuwirken. Dies wird in vielen Fällen durch das Wahlrecht geregelt.



Es gibt aber auch Betroffene, die nicht selbst entscheiden oder sich beteiligen können: Jene, die in 100 oder 200 Jahren geboren werden, werden auf eine Umwelt treffen, die wir massiv verändern. Um aber für diese Menschen eine nach wie vor lebenswerte Umwelt zu erhalten, müssen wir uns jetzt um deren Interessen kümmern – z. B. indem wir die **Nachhaltigkeit** zu einem Grundprinzip politischen Handelns erheben. Je mehr wir deren Interessen mitdenken, desto besser steht es um unsere **Demokratiequalität**. Hier geht es um die sogenannte **zeitliche Betroffenheit**.

Es gibt auch eine **räumliche Betroffenheit**: Wenn in einem Nachbarland Österreichs Umweltsünden begangen werden, die auch Auswirkungen auf Österreich haben, können wir nur sehr begrenzt mitreden (umgekehrt gilt das selbstverständlich ebenso). Ein Zeichen von mehr Demokratiequalität wäre, wenn bei solchen Entscheidungen auch alle jene mitreden könnten, die von möglichen Auswirkungen dieser Entscheidungen betroffen sind.

## 12.6 PARTIZIPATION – BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN

Es gibt aber noch zahlreiche andere Möglichkeiten, politisch mitzureden: Man kann sich unter anderem an **Bürgerinitiativen** beteiligen, **Petitionen** oder **Unterschriftenlisten** unterschreiben, bei **Demonstrationen** mitmachen oder Politiker/innen kontaktieren.

Beteiligung kann entweder unterstützend sein oder Protest ausdrücken. Zu **Unterstützungshandlungen** zählt z. B. die Mitarbeit bei politischen Parteien, zu **Protesthandlungen** die Wahl von Protestparteien (oder die Wahlenthaltung), Streik oder Boykott. Manche Handlungen können beides, unterstützend oder aber Protesthandlungen sein – z. B. das Schreiben von Leserbriefen, der Kontakt zu Politiker/innen oder die Teilnahme an Demonstrationen.

Beteiligung kann in manchen Fällen auch **ziviler Ungehorsam** heißen. Das bedeutet, dass man sich aufgrund seiner Überzeugung weigert, bestimmte Befehle auszuführen. Franz Jägerstätter wurde 1943 von den Nationalsozialisten hingerichtet, weil er sich weigerte für die Deutsche Wehrmacht in den Krieg zu ziehen.

Ein anderes Beispiel für zivilen Ungehorsam lieferte **Mahatma Gandhi**: Während des Salzmar-sches verletzte er bewusst das Salzmonopol der Briten (1930). Und bereits im 19. Jahrhundert schrieb der US-Amerikaner Henry David Thoreau sein Werk „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“. Er wollte damit u. a. gegen die Sklaverei in den USA und den Krieg gegen Mexiko protestieren.



## WISSEN

---

1. Was versteht man unter direkter und indirekter Demokratie?

---

---

---

---

2. Beschreiben Sie drei Arten politischer Partizipation.

---

---

---

---

---

3. Beschreiben Sie wichtige Unterschiede zwischen demokratischen und diktatorischen Systemen.

---

---

---

---

4. Erklären Sie die Unterschiede zwischen Volksbegehren, Volksbefragung und Volksabstimmung.

---

---

---

---

---

---

Erkenntnisse/Lernhilfe in eigenen Worten

---

---

---



## KOMPETENZCHECK

1. Diskutieren Sie in der Gruppe, welche der nachfolgenden Entscheidungen durch Gesetze geregelt werden sollen:

- Versicherungspflicht für Risikosportarten
- Handyverbot am Steuer
- Schulpflicht von 6-15 Jahren
- Ausweitung bzw. Begrenzung von Ladenöffnungszeiten

2. Füllen Sie nachfolgenden Fragebogen aus und diskutieren Sie Ihre Ergebnisse mit jenen anderer Mitschüler/innen:

	Habe ich bereits gemacht	Würde ich machen	Würde ich niemals machen
Bei einer Demonstration mitmachen			
Gewaltfreien Widerstand leisten			
Mich ehrenamtlich sozial engagieren			
Bei einer Hausbesetzung mitmachen			
Eine Unterschriftenliste unterschreiben			

Erkenntnisse/Lernhilfe in eigenen Worten

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

